



Projektland: Rumänien

**Quartal: Oktober - Dezember
2010**

I. Schlagzeilen:

- Regierung wieder gezwungen Vertrauensfrage zu stellen
- Opposition stellt Misstrauensantrag und klagt beim Verfassungsgericht
- Verfassungsgericht erklärt Renten, Besoldungs- und Haushaltsgesetz als verfassungskonform
- Staatspräsident Băsescu empfiehlt den Parlamentariern ein 45tägiges Moratorium zur Aufhebung der Blockade in Parlament und Senat
- Parlament verabschiedet das Renten und Entlohnungsgesetz sowie den Haushalt 2011 entsprechend den Maßgaben des Internationalen Währungsfonds
- Interne Machtkämpfe in der regierenden Demokratisch-Liberalen Partei (PD-L), in der Sozialdemokratischen Partei (PSD) und im Ungarnverband (UDMR) halten an
- PSD und PNL überlegen Zusammenschluss als Oppositionsallianz
- Meinungsumfragen belegen erneut, Bevölkerung wünscht starken Staat
- Schengen-Beitritt Rumäniens voraussichtlich verschoben
- Konjunkturerwartungen für Rumänien positiv
- Im November verzeichnet Rumänien die höchste jährliche Teuerungsrate in Europa
- Rumänien ist das ärmste Land der EU

POLITIK

Innenpolitik

Auch im vierten Quartal 2010 hielten Wirtschaftskrise und gesetzgeberisches Hickhack Rumänien weiter in ihren Bann. Es ging vor allem um die politischen Konsequenzen, die aus den durch die Krise erzwungenen Sparmaßnahmen der vorangehenden Monate resultierten. So mussten die ausufernden öffentlichen Ausgaben drastisch eingeschränkt und die Gehälter der Staatsangestellten um 25 % gekürzt werden. Auf Druck des IWF, der Weltbank und der europäischen Union war die Regierung gezwungen unpopuläre Gesetze zu verabschieden und Sozialleistungen und Sozialhilfesätze abzubauen. Zusätzlich trug die Erhöhung der Mehrwertsteuer von 19 auf 24 % mit dazu bei, die sozialen Spannungen weiter zu verstärken. Die Opposition ließ auch nichts unversucht, um mit ihrer Blockadehaltung bei der Verabschiedung der notwendigen Gesetze in beiden Kammern die Unruhe in der Bevölkerung weiter zu schüren. Zur Verabschiedung von Renten-, Besoldungs- und Erziehungsgesetz musste die Regierung jeweils die Vertrauensfrage stellen. Die Oppositionsparteien versuchten dann mit Misstrauensanträgen die relativ sichere Mehrheit der Regierungsparteien zu untergraben. Da die Misstrauensanträge scheiterten, folgte jeweils, schon fast unvermeidlich, die Klage der Opposition beim Verfassungsgericht. Anfang November 2010 appellierte Präsident **Băsescu** an die Abgeordneten und Senatoren doch diese sinnlose Blockadehaltung aufzugeben. Sein Appell verhallte allerdings ungehört bei der Opposition. Deren Abgeordnete hatten bereits den Saal verlassen.

Trotz aller Widerstände konnten sowohl das Rentengesetz, der Haushalt sowie die notwendigen gesetzlichen Erlasse zur Beamtenbesoldung verabschiedet und vom Staatsoberhaupt unterzeichnet werden - unmittelbar nachdem der Verfassungsgerichtshof die Klagen hierzu als unbegründet zurück gewiesen hatte.

Das Bildungsgesetz war bis zum Jahresende heiß umstritten. Die Opposition wollte den Minderheiten weniger Freiheiten beim muttersprachlichen Unterricht zugestehen. So forderten die Minderheiten an ihren Schulen Unterricht in Geschichte Rumäniens und Erdkunde in ihrer Muttersprache. Dieses Gesetz wurde gleich nach seiner Verabschiedung im Parlament erneut vom Senatsvorsitzenden **Mircea Geoană** angefochten, der Klage, beim Verfassungsgericht einreichte, allerdings erfolglos. Am 4. Januar 2011 wurde die Klage endgültig vom Verfassungsgericht abgewiesen und wurde dann nur einige Stunden danach vom Staatsoberhaupt unterzeichnet. Die Verabschiedung des Schulgesetzes in dieser Form sicherte den Fortbestand des Regierungsbündnisses, da der Ungarnverband (UDMR) sein Verbleiben in der Regierung von der Ausweitung des muttersprachlichen Unterrichts für Minderheiten abhängig machte.

Dem Rücktritt des Innenministers **Vasile Blaga** nach dem Polizisten-Streik vor dem Sitz des Präsidenten folgte fast unmittelbar ein Skandal bei der Polizei, die zur Entlassung des Polizeichefs Rumäniens führte. Ein regionaler Polizeichef hatte zu enge Verbindung mit einem hiesigen Mafiaboss, von dem er auch finanzielle Zuwendungen erhielt. Da der Generalinspekteur der nationalen Polizei nicht in der Lage war, die Situation zu bereinigen, musste er wegen Unfähigkeit gehen.

Fast alle politischen Gruppierungen in Rumänien hatten in 2010 mit innerparteilichen Querelen zu kämpfen. So litt die regierende PDL unter der Dauerkritik einiger ihrer Mitglieder wie der Europa-Abgeordneten **Cristian Preda** und **Monica Macovei**, die mehr Transparenz und innerparteiliche Demokratie einfordern. Die PDL versteht sich als Sammelbecken der konservativen Kräfte Rumäniens. Jede der Gruppierungen, sei sie nationalkonservativ, christdemokratisch oder eher liberal, beansprucht die Führungsrolle in der Partei für sich. Hinzu kommt mit Basescu eine Persönlichkeit, die eher polarisiert als integriert. Diese parteilichen Machtkämpfe schwächen derzeit nicht nur die Regierung, sie bedrohen auch die Partei mit dem Zerfall.

Auch bei der ungarischen Minderheit gibt es neue Entwicklungen. So war der in der Regierung vertretene Ungarnverband (UDMR) lange Zeit die einzige Vertretung der ungarischen Minderheit in Rumänien. So beschloss der Nationalrat der Ungarn aus Siebenbürgen (CNMT) mit seinem Vorsitzenden, **Laszlo Tokes**, zurzeit Vizepräsident des Europäischen Parlaments, Anfang Dezember die Gründung einer neuen Partei der Ungarn in Rumänien, die Volkspartei der Ungarn aus Siebenbürgen (PPMA). Der Grund für diese Parteigründung lässt jedoch in Rumänien die Alarmglocken schrillen. Diese neue Partei sei nötig, da bislang keine konkreten Schritte unternommen wurden, die Autonomie der Ungarn in Rumänien zu erlangen und die UDMR sich mehr den Interessen der Regierung unterordnet als die der Magyaren zu vertreten. Sollte die neue Partei bei Wahlen antreten, verteilen sich die Stimmen der 8 % Ungarn auf mehrere Parteien, d.h. der Ungarnverband läuft Gefahr an der Fünfprozenthürde zu scheitern. Zusätzlich hat **Bela Marko**, langjähriger Vorsitzender und Integrationsfigur des UDMR, seinen Entschluss bekannt gegeben, im Februar 2011 nicht mehr für eine weitere Amtsperiode zu kandidieren.

Auch in der sozialdemokratischen Partei kam es zu Machtkämpfen. So bestimmte der Kampf zwischen dem Parteivorsitzenden, **Victor Ponta** und dem Senatsvorsitzenden, **Mircea Geoană** das Geschehen in der PSD. Nach der knappen Wahlniederlage Geonas gegen Basescu beerbte ihn Ponta im Februar des Jahres im Amt des Vorsitzenden. Seit dieser Zeit herrscht der Machtkampf zwischen den beiden und ist dahingehend eskaliert, dass Geona, nachdem man ihm wegen seiner ständigen Querschüsse gegen die Partei bereits mit einem

Parteiausschlussverfahren drohte, derzeit für 6 Monate von seinen Parteiämtern und seiner Mitgliedschaft suspendiert ist.

Das Gefühl der Krise, der Unsicherheit, der Inkonsequenz in der Regierung und der chaotischen Gesetzgebung – so wurden zwei Gesetze z.B. „aus Versehen“ verabschiedet – zeigt sich auch in den Meinungsumfragen. Laut einer der letzten Studien des Meinungsforschungsinstituts CSOP im Dezember glauben 59 % der Befragten, dass der Kommunismus eine gute, allerdings falsch angewendete Idee darstellte. 72 % erwarten Arbeitsplätze vom Staat. 52 % befürworten eine staatlich gelenkte Planwirtschaft. 44 % wünschen sich eine vom Staat festgelegte Preispolitik; 43 % verlangen Wohnungen vom Staat; und nur 10 % meinen, dass sie selbst, ein Familienangehöriger, Freund oder Bekannter unter dem Kommunismus zu leiden hatte.

Außenpolitik

Der Beitritt Rumäniens zum Schengenraum im März 2011 nahm einen Spitzenplatz ein auf der außenpolitischen Agenda. Nach der Zusage vieler Schengen-Staaten diesen Prozess zu unterstützen, hofft die rumänische Regierung bis heute auf einen termingerechten Beitritt, zumal die technischen Auflagen erfüllt wurden. Der Brief der Innenminister Frankreichs und Deutschlands an die EU-Kommissarin **Cecilia Malmström** kam für die Regierung zum jetzigen Zeitpunkt vielleicht etwas unerwartet aber nicht überraschend. **Brice Hortefeux** und **Thomas de Maizière** erklärten sich zwar grundsätzlich für den Beitritt Rumäniens und Bulgariens, schlugen aber im Interesse aller eine Vertagung vor, die den beiden Kandidaten die Möglichkeit bietet, Schwachstellen und Mängel mit gravierenden Konsequenzen für die innere Sicherheit der EU zu beheben. Der rumänische Staatspräsident Băsescu bezeichnete das Schreiben als eine nicht zu akzeptierende Diskriminierung der Rumänen. Er leugnete die angesprochenen Mängel bei der Bekämpfung der Korruption und der organisierten Kriminalität nicht, erläuterte aber, dass es sich dabei vor allem um die Funktionsweise der Justiz und der staatlichen Institutionen handle, die formell kein Gegenstand des Schengen-Abkommens sind. Eine ähnliche Reaktion legte auch das Auswärtige Amt an den Tag. Ebenfalls nicht überrascht von der Nachricht waren sämtliche Politologen und Journalisten, da sich vor allem Frankreich schon öfters öffentlich gegen einen Beitritt Rumäniens und Bulgariens im März 2011 ausgesprochen hatte. Leider belegt der Platz Rumäniens in der Rangliste der Länder mit der geringsten Korruption die Korruptionsvorwürfe. Rumänien belegt Platz 25 in der EU. Nur Bulgarien und Griechenland schnitten noch schlechter ab. Es ist wahrscheinlich, dass sich Frankreich und Deutschland durchsetzen werden. Wann dann der Beitritt erfolgt, ist allerdings offen. Optimisten sprechen von sechs Monaten, Pessimisten rechnen mindestens zwei Jahren.

Auf der diplomatischen Agenda des letzten Jahresquartals 2010 standen u.a. folgende Treffen:

Nach Rumänien reisten der polnische Staatspräsident **Bronislaw Komorowski**, der ungarische Präsident **Pal Schmitt**, der Staatspräsident Syriens **Bashar al-Assad**, der österreichische Bundesratspräsident **Martin Preiner**.

Präsident Traian Băsescu beteiligte sich im November am NATO-Gipfeltreffen in Lissabon.

Der Besuch der deutschen Bundeskanzlerin, **Angela Merkel**, stellte den Höhepunkt der bilateralen deutsch-rumänischen Beziehungen 2010 dar. Die Bundeskanzlerin war in Bukarest und Klausenburg/Cluj zu Gast und führte offizielle Gespräche mit dem rumänischen Staatspräsidenten, dem Premierminister, Vertretern der deutschen Minderheit etc. Ein weiterer Staatsgast aus Deutschland war im November auch **Ilse Aigner**, die Bundesministerin für Verbraucherschutz und Landwirtschaft.

WIRTSCHAFT

Laut einer Erhebung des deutschen Zentrums für Europäische Wirtschaftsforschung (ZEW) und der österreichischen ErsteGroupBank sind Rumäniens Konjunkturerwartungen auf Halbjahressicht zurzeit die besten im gesamten mittel- und osteuropäischen Raum (CEE). Es folgen die Slowakei, Kroatien und Polen. Bei der Einschätzung im Bereich der aktuellen wirtschaftlichen Situation liegt Rumänien allerdings auf den zweitschlechtesten Platz nach Ungarn. Der Chef der IWF-Mission in Rumänien zeigte sich zufrieden mit der Erfüllung der vom Internationalen Währungsfonds vorgeschriebenen Auflagen und verlangt weitere Reformen. Das gegenwärtige Abkommen mit dem IWF läuft im April 2011 aus. Ein weiteres Abkommen für eine Precautionary Credit Line, wahrscheinlich in Höhe von 5 bis 8 Milliarden Euro, ist bereits in Sicht. In mehreren TV-Interviews äußerten auch Präsident Traian Băsescu und Ministerpräsident **Emil Boc** ihren Optimismus bezüglich der zukünftigen wirtschaftlichen Entwicklung Rumäniens. Viel vorsichtiger in ihren Prognosen sind die Banken: Die Bandbreite liegt hier von 0,2 % bis 2,2%.

Im Folgenden die neusten vom rumänischen Amt für Statistik und den verschiedenen Behörden veröffentlichten Eckdaten der rumänischen Wirtschaft im letzten Quartal des Jahres 2010:

Ende November 2010 betrug das Haushaltsdefizit Rumäniens 23,7 Milliarden Lei, das bedeutet 5,2 % des ursprünglichen für 2010 vorgesehenen Bruttoinlandsprodukts. Die mit dem IWF für das Jahresende vereinbarte Höchstgrenze des Defizits beträgt 6,8 %. Als Folge der Umsetzung von Spargesetzen, der Entlassungen im öffentlichen Bereich, der unlängst um 5 % erhöhten Mehrwertsteuer wuchsen die Einnahmen des konsolidierten Haushalts um 4,9 %, die Ausgaben um 2,4 % des BIP.

Die rumänische Wirtschaft ist in den ersten drei Quartalen 2010 um real 1,9 BIP-Prozente zurückgegangen. Zu diesem Leistungsschwund soll in erster Linie der Einbruch der Baubranche um 13,3 %, gefolgt von dem der Landwirtschaft und der Dienstleistungen (5,4 bzw. 2,2 %) beigetragen haben. Der IWF und die rumänischen Behörden rechnen für das Jahresende 2010 mit einem Wirtschaftsrückgang von 2 % (im Vorjahr waren es 7,1) und für 2011 (nach zwei Jahre Rezession) mit einem Aufschwung von 1,5 – 2 %. Eine besondere Entwicklung wird von der exportorientierten Industrie erwartet. Die Investitionen in die rumänische Wirtschaft waren bis Ende September 2010 rückläufig. Die ausländischen Direktinvestitionen sanken in den ersten drei Quartalen um ca. zwei Milliarden €. Dies sind um 40 % weniger im Vergleich zu 2009. So deckten sie den Fehlbetrag im Leistungsbilanzdefizit von 4,233 Milliarden € nur noch zu 48,9 %. In zehn Monaten 2010 belief sich das Außenhandelsdefizit auf 7,713 Milliarden €. Dies ist um 4,7 % niedriger als im Vorjahr. Die Exporte stiegen um 26,7 % und die Importe um 18,7 %. Mit ihrem Exportwachstum von 2 Milliarden € gegenüber dem Vorkrisenjahr belegte Rumänien, laut Eurostat, Rang vier in der Europäischen Union nach Bulgarien, Lettland, Litauen und Estland. Drei Viertel des Handels erfolgte mit EU-Staaten. Es muss allerdings hinzugefügt werden, dass es sich im Falle der Top-Exporteure fast ausschließlich um Unternehmen mit ausländischem Kapital handelte. In den ersten drei Quartalen 2010 machte die rumänische Industrie einen im Vorjahresvergleich um 10,8 % besseren Umsatz. Diese Steigerung ist der verarbeitenden Industrie zu verdanken. Gewachsen sind auch der Automarkt und die einheimische Autoproduktion.

Die mittel- und langfristige Außenverschuldung Rumäniens stieg Ende September bis auf 71,673 Milliarden €. Das sind ca. 80,2 % der Gesamtverschuldung. Die kurzfristige Verschuldung kletterte bis auf 17,645 Milliarden €. Das ist um 14,6 % höher als Ende 2009 und entspricht 19,8 % der Gesamtverschuldung. Die Devisenreserven der Nationalbank erreichten im November 2010 einen neuen Rekordstand von 32,579 Milliarden €. Die internationalen Devisen- und Goldreserven betragen 36,332 Milliarden €. Trotz Wirtschaftskrise, Gehaltskürzungen und Preiserhöhungen legten die Bankeinlagen der Bevölkerung und der Unternehmen in Devisen und der Landeswährung im Jahr 2010 zu. Gegenüber 2008 sind die privaten Spareinlagen im Jahr 2010 um 5 Milliarden € gewachsen.

GESELLSCHAFTS- UND SOZIALPOLITIK

Ende September 2010 registrierte Rumänien eine Teuerungsrate von 7,7 %, die höchste seit zwei Jahren, obwohl Ende November die Inflation leicht bis auf 7,73 % zurück ging; sie war aber dennoch mit Abstand die höchste in der EU. Sie lag EU-Durchschnitt bei 2,3 % und im Euro-Raum bei 1,9 %. Ausschlaggebend waren vor allem die Preiserhöhungen im Bereich der Lebensmittel und der Dienstleistungen. Die Nationalbank hat die Prognose der Inflationsrate Rumäniens bis zum Jahresende bereits mehrere Male erhöht von 3,5 auf 3,7 % und nach der MWSt.-Erhöhung und der dadurch ausgelösten Teuerungswelle sogar auf 7,8 %. Im unlängst verabschiedeten Haushaltsgesetz 2011 ist ein Inflationsziel von 4 % vorgesehen. Die durchschnittliche Arbeitslosenrate sank im Monat November 2010 auf 6,9 %.

Ab 2011 werden die Renten von mehr als 740 Lei (ca. 176 Euro) mit 5,5 % Beitrag für die Krankenkasse belastet. Es gibt es auch neue Bestimmungen beim Mutterschaftsgeld (es gibt eine Begrenzung Der monatliche Höchstbetrag für die Frauen, die den zweijährigen Mutterschaftsurlaub in Anspruch nehmen, wird begrenzt.

In der Zeitspanne 2009 – 2011 ist Rumänien gemäß einer IWF-Statistik das ärmste Land in der EU. Unter den ehemaligen kommunistischen Staaten registrieren Slowenien, Tschechien und die Slowakei die beste Lage.

Laut einer Weltbank-Studie sind im Jahr 2010 rund 2,77 Millionen Rumänen ausgewandert, die meisten von ihnen nach Italien, Spanien, Ungarn, Israel, den USA, Deutschland, Kanada, Österreich, Frankreich und Großbritannien. Die Zahl der Eingewanderten aus der Republik Moldau, Bulgarien, der Ukraine, Russland, Syrien und Ungarn belief sich auf 132 800.

HERAUSGEBER: CHRISTIAN J. HEGEMER, LEITER IBZ
AUTOR::KLAUS SOLLFRANK, LUISE SCHIFFER-POPESCU
LAZARETTSTR. 33 – 80636 MÜNCHEN –
TEL.: +49 (0)89 1258-0 – FAX.:+49 (0)89 1258-359
E-MAIL: GRUNDSATZREFERAT@HSS.DE – HOMEPAGE: WWW.HSS.DE
ERSTELLT AM: 05. JANUAR 2011